

# Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ZWANZIGSTES JAHR

JULI 1969

7

WALTER DIRKS

## Der neue Name der Zukunft ist Mitbestimmung

Rede bei der Übergabe des Kulturpreises des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1969

In der Ehre, die Sie mir zugedacht haben, sehe ich die Besiegelung eines sehr alten, etwas sonderbaren Bündnisses. Da ist auf der einen Seite die große Gewerkschaftsbewegung, und da ist auf der anderen Seite ein intellektueller Einzelkämpfer. Jene Bewegung weiß es nicht, aber dieser Journalist weiß es seit mehr als einem halben Jahrhundert, daß sie verbunden sind. Das Kuratorium, das den Kulturpreisträger aussucht, will und soll keineswegs Bündnisse mit der Gewerkschaft würdigen, sondern, der Name sagt es, eine Leistung im Kulturleben. Aber mit der Kultur ist das so eine Sache.

Ein Berufskollege vom Schwarzen Corps — oder war es Herr *Goebbels* selbst? — wollte den Revolver ziehen, wenn er das Wort Kultur höre. Ich selbst kenne den Gebrauch von Revolvern nur aus Kriminalromanen, aber auch ich höre das tönende Wort, in dem gerade in Deutschland zuweilen Quetschtöne mitklingen, nicht immer mit reinem Behagen.

*Ludwig Rosenbergs* Stichworten allerdings kann ich ganz und gar folgen, wenn er die Kultur als Innendimension, als Herz des gesellschaftlichen Lebens und der gesellschaftlichen Entwicklung versteht.

Ein in solchen Dingen kluger Zeitgenosse — er ist zufällig Papst — hat den Slogan geprägt, der neue Name des Friedens sei: Entwicklung. Ich neige zu der Formulierung: der neue Name der Kultur heißt Politik.

Seit wir Menschen wissen, daß nicht irgendein Gotr oder Gott selber oder Hegels Weltgeist oder sonst ein mysteriöses Es die Geschichte macht, sondern daß wir selber sie machen durch Handeln und Unterlassung, seitdem muß ja doch der Wille zur Kultur, was immer man im einzelnen darunter verstehen mag, den Willen enthalten, gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen der Mensch frei ist, in denen er produktiv sein kann, in denen er spielen darf und in denen er denken darf, in denen er seine Mitmenschlichkeit und Solidarität entfalten kann. Gesellschaftliche Verhältnisse aber schafft und ändert man durch Politik.

Nun, eine erste Ahnung von der Bedeutung der Politik empfang ich als kleiner Junge während eines Bergarbeiter- oder Metallarbeiterstreiks in Horde. Auf der Chaussee-straße, die später natürlich Hindenburgstraße hieß, dann Friedrich-Ebert-Straße und dann wieder Hindenburgstraße, auf dieser Hauptstraße meiner Vaterstadt Horde schlugen berittene Gendarmen auf protestierende Arbeiter ein. Ich kann's mir kaum noch

vorstellen, daß das möglich war, aber ich denke nicht, daß mich, die Erinnerung täuscht. Die Historiker der Gewerkschaft werden wissen, wann es gewesen sein kann, so um 1909 herum. Meine Mutter und ich sahen vom Fenster des Hauses Nr. 26 aus, was geschah. Sie lenkte mein Herz, indem sie mir nahelegte, wem ich meine Sympathie zuwenden sollte, nicht den imponierenden berittenen und uniformierten Hütern der Ordnung, sondern den hier Geprügelten, den immer noch Schwachen, den Ausgebeuteten, von denen damals allzuvielen noch am Lohntag ihren Lohn vertranken. Wahrscheinlich bei dieser Gelegenheit oder sonst wenig später entfuhr ihr eine Bemerkung, die ich nicht vergessen habe:

„Da hängt nun eine ganze Stadt mit 30 000 Einwohnern von einem Hodiufenwerk und einem Hüttenwerk ab, und da bilden sich die Herren ein, das sei Privateigentum!“

Meine Mutter war eine fromme Christin. Aber so schlug sie mich zum Ritter, zum Sozialisten nämlich, noch ehe ich das Wort kannte. Da legte sie den Keim, der mich viele Jahrzehnte später die Mitbestimmung, auch und gerade die qualifizierte, verstehen und verfechten ließ. Und sie zeigte mir, daß der kapitalistische Status quo nicht zum Glaubensbekenntnis des Christen gehört, wohl aber der Wille zur Veränderung der Zustände, — auch über die bis jetzt erreichten hinaus.

Seit damals ist viel passiert. Der Kaiser kannte keine Parteien mehr, die Arbeiter fielen auf ihn herein, aber zogen trotzdem vier oder fünf Jahre später den Karren aus dem Dreck. Weil sie es getan haben und weil sie und die anderen Republikaner nicht gründlich genug die Lehren gezogen haben, die zu ziehen waren, landeten sie in den Schutzhaftzellen, in Hitlers Wehrmacht und in den Kriegsgefangenenlagern der Alliierten. Daß eine an Haupt und Gliedern erneuerte Reichswehr, die mindestens so republikanisch hätte sein müssen, wie *Severings* Preußische Polizei es war, zusammen mit den Gewerkschaften *Hitler* hätte stoppen können, diese Erwägung hat sich mir damals tief eingepägt. Wir ziehen daraus, wenn ich recht sehe, auch heute noch nicht die richtigen Schlüsse. Ich halte jedenfalls die Notstandsgesetze nicht für den richtigen Schluß.

Wer zwar ein guter Demokrat ist, nicht aber ein Fettschanbeter, muß durchaus auch in Zukunft mit Situationen rechnen — und meine fünfzigjährige Erfahrung und meine politische Phantasie reichen aus, um solche Situationen für möglich zu halten —, in denen die Wählerstimmen und Abgeordnetenmandate, die verfassungsmäßigen Pflichten und Rechte nicht mehr wirksam sind. Wenn eine solche Stunde kommt, dann wiegen Gesetze nicht viel, nicht einmal Notstandsgesetze. Dann entscheiden über den Bestand der Demokratie, ob wir wollen oder nicht, zunächst einmal die, welche unmittelbare Macht haben. Das ist keineswegs die Exekutive, d. h. die Regierung und Verwaltung. Unmittelbare Macht zur Gestaltung der Demokratie aber haben, lassen wir einmal die Polizei und den Grenzschutz beiseite, primär die Bundeswehr und die Gewerkschaften — die Bundeswehr, die ohne weiteres Macht hat, *falls* sie in der Wolle gefärbt demokratisch ist, die Gewerkschaften, mit deren demokratischer Treue wir rechnen können, *falls* sie Macht haben, nämlich sich auf ihre Leute verlassen können. Es ist ein Paradox, aber eine Wahrheit, daß sich beide auf diese Stunde nur dadurch vorbereiten können, daß sie sich *nicht* unmittelbar darauf vorbereiten. Wenn sie sich zu früh darauf vorbereiten, wenn man beispielsweise die Bundeswehr, wie uns ihr Generalinspekteur befürchten läßt, schon heute, bei Windstärke 3 oder 4, gegen die APO oder auch gegen die NPD in Marsch setzen möchte — womit ich den Reaktionären keineswegs den gleichen Rang zubillige wie den Leuten, die mehr Demokratie oder eine andere Demokratie wollen, als wir zur Zeit haben und eben z. T. auch nicht haben —, dann verfehlt die Bundeswehr ihre Aufgabe und wird zu einem reaktionären Element. Dasselbe, nämlich daß sie gegen ihr eigenes Gesetz verstießen, gälte von Gewerkschaften, die schon bei derselben Windstärke 3 oder 4 ihre dringende tarifpolitische und Bildungsarbeit hintenansetzten und den politischen Gene-

ralstreik proben wollten. Das Paradox, daß man sich bei Windstärke 10 bewähren wird, obschon oder weil man sich nicht direkt darauf vorbereitet hat, setzt allerdings in beiden Fällen voraus, daß man erstens durch und durch demokratisch gesonnen ist, an Haupt und Gliedern, und daß man zweitens fit ist, diszipliniert, kampffähig. Erfüllen die militärische Macht und die organisierte Arbeitnehmermacht diese Bedingungen, dann bedarf es keiner Notstandsgesetze für den inneren Notstand. Was das erste betrifft, den demokratischen Geist, so wird man Entwicklungen in der Bundeswehr nicht ohne Sorge beobachten, was das zweite betrifft, die Kampfkraft, so kann man um die Gewerkschaften besorgt sein, deren Mitglieder ja nicht gegen das *Bild-Lesen* und die Werbungen der Konsumindustrie unempfindlich sind. Den ersten Grund meiner Nähe zur Gewerkschaft habe ich Ihnen vorher genannt, als ich jenes Jugenderlebnis erzählte: daß sie die Interessen derer vertritt, die auch bei besserem Lohn immer noch zu den Schwachen zählen und die als die Kostenfaktoren, die sie leider sind, sofort wieder aufs Existenzminimum heruntergedrückt würden, wenn die gewerkschaftliche Solidarität und Macht, die das Lohngefüge tragen, durch irgendeinen Zauber verschwinden. Der zweite Grund aber ist eben der, daß die Gewerkschaften, *wenn* sie demokratisch und *wenn* sie fit sind, bei Windstärke 10 die Demokratie werden retten müssen.

Das waren zwei gute Gründe für meine Liebe zur Gewerkschaft. Es war nicht immer eine glückliche Liebe, entgegen dem Sprichwort, nicht blind, sondern sehend. Zu dem Bund der Intellektuellen und der Arbeitnehmer, wie er auch *Otto Burrmeister* vorschwebte, ist es nur in Ansätzen gekommen, nicht zuletzt gerade hier in Recklinghausen, [ch war oft betrübt und manchmal sogar ergrimmt, wenn es schien, daß sie beide hinter sich selbst zurückblieben: die, die hätten denken und Schlüsselworte hätten finden sollen, und die Arbeiter, von deren Kampf und Aufstieg eine andere Gesellschaft zu erwarten war als die, die unsere Jugend zur Rebellion treibt, die aber auch alte Leute, die das Träumen noch nicht verlernt haben, traurig macht.

Sind die Hoffnungen von 1918 und 1945 Illusionen gewesen? Ist altmodisch, wer sie heute erneut verkündet? Wenn Sie mir den aktuellen Segensspruch eines vielleicht allzu naiven Freundes abnehmen wollen: Ich wünsche der Gewerkschaftsbewegung starke Einzelglieder *und* eine starke Spitze. Aber darunter würde ich nicht die Stärkung einer von den Einzelgliedern verhältnismäßig isolierten Bürokratie verstehen, sondern eine Aktionsgruppe, deren Kraft darin bestünde, daß die starken Industriegewerkschaften selbst in ihr integriert wären und ihr ihre Kraft mitgäben.

Von einer starken Gewerkschaftsspitze, in der die Macht der Einzelgewerkschaften wirklich konzentriert wäre, würde ich mir vier Vorteile versprechen: Erstens eine lebendige Solidarität zwischen den starken und den schwachen Gewerkschaften, eine Solidarität, die sich nicht darin erschöpft, daß die starken die Lohnlokomotiven sind, von deren Fahrt die anderen von selbst profitieren; sie könnte vielmehr die Stärke der Starken mehr als bisher auch unmittelbar für die Schwächeren einsetzen, — womit ich kein Wort für die dauernde Existenz jeder sinnlos kleinen Zwerggewerkschaft gesagt habe. Zweitens würde ich mir davon eine noch stärkere und gezieltere kulturelle Aktivität, geistige Sammlung, Theoriebildung, Bildungsarbeit, kulturelle Progression versprechen, — eine tiefere Aktivität, weil mehr Geld und Energie dafür da wären, — eine breitere, weil sie allen zugute käme, auch den schwächeren und ärmeren Gewerkschaften. Was könnte aus diesem Haus, aus den Ruhrfestspielen und den ihnen zugewachsenen bewußtseinsbildenden Aktionen nicht alles werden, wenn ein stärkerer Bund dahinter stünde! Es ist bewundernswert genug, was mit unzureichenden Mitteln hier erreicht worden ist. Drittens setzt die demokratische Aufgabe der Gewerkschaften am Tage X, von dem ich sprach, eine Gesamtgewerkschaft voraus, die so wenig bürokratisch wie möglich ist: ihre Zentrale darf kein grüner Tisch sein, sondern ein handlungsfähiger Kommandostand. Der vierte

Vorteil wäre, daß der Gewerkschaftsbund fähiger würde, die qualifizierte Mitbestimmung durchzusetzen.

Lassen Sie sich in dem Kampf um sie nicht beirren. Es geht nicht um das, was der bisher unbelehrbare Teil der Unternehmer darin sieht. Natürlich geht es um mehr Macht — und natürlich Verantwortung —, um Aufsichtsratssitze und Arbeitschrektoren. Aber indem es darum geht, geht es um elementare Gerechtigkeit und um mehr: um ein Stück Geschichte, um einen nicht kleinen, wenn auch noch nicht entscheidenden Schritt, in unserem Land und in Europa die Kraft der Selbstbestimmung und der Solidarität voranzubringen. Vorläufig ist es nur „systemkonform“, nämlich in der Logik der „sozialen Symmetrie“ — schöne Worte hat man in letzter Zeit erfunden —, daß sich den kapitalorientierten Unternehmern arbeitsorientierte Unternehmer beigesellen. Vorläufig geht es darum, daß die Vertrauensleute einer breiten Schicht von Arbeitnehmern, ohne daß sie die Bindung an ihre Klasse verlieren, unternehmerische Phantasie, Produktivität, Kritik und Verantwortung lernen und übernehmen. Das lernt man nicht im Nichtschwimmerbecken, sondern indem man — mit kalkuliertem Risiko — ins Tiefe springt. Natürlich bringt das den Gewerkschaften Macht ein. Ist die Macht der Banken tiefer berechtigt? Betriebsfremd sei die Gewerkschaft — als ob das Kapital, es sei denn, man versteht darunter nur den Produktionsapparat selbst, betriebsnahe wäre! Wenn der Unternehmer nicht ohne die Rückendeckung der Aktien und der Banken wirtschaften kann, — wie sollte die einzelne Belegschaft irgendeine Position halten können, ohne daß ihre Gewerkschaft und der Gewerkschaftsbund dahinter stünden! Wenn Sie mir erlauben, daß ich mich selbst zitiere:

„Die Gewerkschaft gehört zur Selbstidentität des Arbeiters und der Belegschaft wie das Kapital zur Selbstidentität des kapitalorientierten Unternehmers.“

Es gibt Kritiker der Gewerkschaften, linke Kritiker aus den eigenen Reihen und aus dem SDS, denen die qualifizierte Mitbestimmung zu systemkonform ist. Sie sehen in diesem Engagement die Kampfkraft der Arbeiterklasse gefährdet. Das ist eine falsche Alternative, und zwar eine, die ein Jahrhundert alt ist. Jeder Erfolg verführt allerdings zur Lässigkeit. Aber das galt schon für die ersten Erfolge, für den Achtstundentag und seitdem für jeden Fortschritt. Die Gewerkschaftsbewegung wird es lernen müssen, aus dem neuen Erfolg, den man ihr wünschen muß, neue Energien zu gewinnen, statt eine Weile in bequeme Zufriedenheit zu fallen. Wie die wenigen Arbeitschrektoren des Montanbereichs die ersten in ihrer Isolierung noch schwachen Pfeiler einer Brücke waren, die jetzt ein Stück weitergebaut werden soll, so wird auch nach dem nächsten Erfolg weitergebaut werden müssen.

Die qualifizierte Mitbestimmung ist kein Patentrezept. Wenn man sieht, daß nicht einmal überall das Betriebsverfassungsgesetz voll ausgeschöpft wird, kann ernstlich die Frage beunruhigen, ob die deutschen Arbeitnehmer in genügender Zahl das Schwimmen lernen wollen und ob sie tatsächlich schwimmen werden. Die qualifizierte Mitbestimmung, falls sie durchgesetzt sein wird, wird eine Chance sein, mehr nicht. Es ist möglich, daß sie vertan wird, daß ihre Ergebnisse formal bleiben, es ist sogar möglich, daß sich die Befürchtungen jener linken Kritiker erfüllen. Wird die Chance aber ergriffen, gehen ihre Leute in die neue Verantwortung mit Mut, Klugheit und Phantasie hinein, behalten die neuen Männer und Frauen den Kontakt mit den Belegschaften, dann werden die Arbeitnehmer nicht nur den Bereich der industriellen Arbeit, sondern die Gesellschaft verändert haben.

Daß Mitbestimmung auch in den Hochschulen, ja in den Schulen erstrebt wird, daß die große und produktive Krise der Kirchen aus dem Bewußtsein erst nach Mündigkeit, dann nach Mitbestimmung entstanden ist, daß die Familienpsychologie den Vater nicht mehr als Herrn im Hause sieht, sondern die Familie überhaupt nur meint retten zu kön-

nen, wenn sich die Eltern und die Kinder dazu entschließen, gemeinsam miteinander zu leben, in qualifizierter Mitbestimmung aller Partner — das alles ist nicht modischer Schnickschnack. Es steckt die Zukunft der demokratischen Gesellschaft darin. Es geht um eine Mutation. Die sozial-demokratische Gesellschaft ist nur als Gesellschaft selbständiger, kritischer, mitbestimmender Einzelner und Gruppen vorstellbar. Ist der neue Name des Friedens: Entwicklung, ist der Name der Kultur: Politik, so ist der neue Name der Zukunft: Mitbestimmung. Aber niemand garantiert uns, daß der Name Mitbestimmung nicht am Ende der Name einer Illusion gewesen sein wird. Niemand, es sei denn die Gewerkschaft selbst, wenn sie die qualifizierte Mitbestimmung in den Größtunternehmen nicht nur erkämpft, sondern auch mit Blut und Leben erfüllt.

In diesem Sinne mein Schlußwort: Nicht als Wirtschafts- oder Sozialpolitiker, sondern als einer, den man um einiger Bemühung im Kulturleben wegen ehren wollte, wünsche ich der Gewerkschaftsbewegung ein kräftiges Selbstbewußtsein, eine breit und tief entwickelte Solidarität; ich wünsche ihr Intelligenz, Kampfkraft und Großmut. Sie ist eine Interessengruppe: möge sie diese Interessen in der nüchternen Tagesarbeit nüchtern vertreten. Da ist kein Widerspruch: Indem sie das tut und dazu etwas mehr, mehr auch, als sie bisher getan hat, ist zugleich eine Hoffnung für jeden, welcher der menschlichen Kultur und jedem Menschen eine bessere Zukunft wünscht.